



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zur Aktuellen Stunde: Hohe Infektionszahlen in Schlachthöfen – Ursachen der rasanten Verbreitung untersuchen, Arbeitsbedingungen und Hygienekonzepte überprüfen

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 24.06.2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss mich schon sehr wundern, wie in dieser Debatte über mögliche Ursachen und Konsequenzen spekuliert wird. Sicher lässt das weltweite Auftreten von Infektionsausbrüchen in Betrieben der Fleischwirtschaft vermuten, dass die Bedingungen wie die körperlich anstrengende Arbeit bei kalten Temperaturen in den Schlachthöfen eine Rolle spielen. Ebenso könnten die Unterkünfte dazu beitragen. Deshalb ist es aber gerade umso wichtiger und richtiger, dass das MAGS eine wissenschaftliche Untersuchung beauftragt hat.

Wir Freie Demokraten stehen uneingeschränkt zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und konsequenter Durchsetzung des geltenden Rechts. Leider gibt es Akteure in der Fleischwirtschaft, die sich nicht an diese Regeln halten. Die Schwerpunktkontrollen unseres Arbeitsschutzes im letzten Jahr haben dies deutlich gezeigt. Insgesamt festgestellte fast 9.000 Verstöße sind nicht akzeptabel.

Diese Missstände mit Verstößen gegen Arbeitsschutz, Arbeitszeitgesetz und Mindestlohngesetz gehen nicht nur zu Lasten der Beschäftigten, sondern auch zu Lasten der Betriebe, die korrekt arbeiten wollen. Das ist sicher kein fairer Wettbewerb in unserer sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen zwar keinen Generalverdacht aussprechen, aber wir müssen Fehlentwicklungen in einer Branche eindämmen.

Bei vielen inhabergeführten kleinen und mittleren Unternehmen, bei Selbstständigen und Handwerkern ist es selbstverständlich, dass Unternehmer für ihren ganzen Betrieb verantwortlich sind. Und zwar nicht nur für den Erfolg des Unternehmens und die finanziellen Folgen ihrer Entscheidungen, sondern natürlich auch für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dort wird diese Verantwortung von den Unternehmern jeden Tag gelebt. Daher dürfen wir in der Konsequenz auch die Unternehmen in der Fleischwirtschaft nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Zu dieser Verantwortung zählt für uns ganz klar auch die Haftung des auftraggebenden Betriebs für Beschäftigte von Werkvertragsnehmern. Dies muss sowohl für die Einhaltung des Arbeitsschutzes gelten wie für Standards betrieblicher Unterkünfte. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit aller Kontrollbehörden in Bund, Land und Kommunen und die verpflichtende Vorgabe einer digitalen Erfassung der Arbeitszeiten anstelle der bisherigen Zettelwirtschaft. Und wir brauchen Bußgelder, die letztlich auch spürbar sind und nicht nur einfach in die gesamte Kalkulation einberechnet werden.

Für uns zählt aber zu einem fairen Wettbewerb in einer sozialen Marktwirtschaft nicht nur die Bekämpfung von Missständen, sondern auch die Vermeidung einer übermäßigen Regulierung. Deshalb wäre ein generelles Verbot von Werkvertragsgestaltungen und Arbeitnehmerüberlassungen ein massiver Eingriff in den Kernbereich der Handlungs- und Vertragsautonomie von Unternehmen.

Ein flexibler Arbeitsmarkt mit Instrumenten wie Zeitarbeit und Werkverträgen ist ein wesentliches Element einer arbeitsteiligen Wirtschaft. So können Vorteile durch Spezialisierung genutzt werden. Werkverträge sind seit 120 Jahren im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert. Wir finden sie in zahlreichen Bereichen des täglichen Lebens: Sei es beim Frisör, beim IT-Support, bei der Bewirtschaftung von Kantinen oder bei der Filmproduktion. Wer Werkverträge und Zeitarbeit abschaffen will, der bekämpft letztlich nicht Missbrauch, sondern unsere Wirtschaftsordnung mit einem flexiblen Arbeitsmarkt.

Deshalb ist unsere Aufgabe Missstände zu beseitigen und faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern ohne durch gesetzliche Schnellschüsse Probleme nur zu verlagern, indem die Fleischverarbeitung am Ende in andere EU-Mitgliedsstaaten abwandert.